

Senatsbeschlüsse

über die 168. Sitzung des Senats

am 10.07.2018, 11:15 Uhr

- 4123.) "Sicherheit in Bremen nicht durch ausländische Konflikte und importierten Extremismus gefährden"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2225/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 09.07.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 9. Juli 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 29.05.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4124.) Verordnung über die elektronische Rechnung (E-Rechnungs-VO)
(Vorlage 2226/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 09.07.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 9. Juli 2018 die Verordnung über die elektronische Rechnung (E-Rechnungs-VO) und ihre Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4125.) Nachfolge von Herrn Haushaltsdirektor Schneider in den Aufsichtsgremien
bremischer Beteiligungsgesellschaften
(Vorlage 2227/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2227/19, jeweils mit sofortiger Wirkung
 - a) die Aufsichtsräte der Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH und der Bremer Aufbau-Bank GmbH mit Herrn Staatsrat Strehl,
 - b) die Aufsichtsräte der BREPARK GmbH, der Jade Weser Port Realisierungs-Beteiligungsgesellschaft mbH sowie der Jade Weser Port Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG mit Herrn Duveneck sowie
 - c) den Verwaltungsrat der Bürgschaftsbank Bremen GmbH mit Herrn Dr. Weller zu besetzen.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

3. Zudem stellt der Senat fest, dass unter „D.“ die Gender-Prüfung wie folgt gefasst wird: „Die Geschlechterquote in den Aufsichtsräten bleibt gleich oder ändert sich je nachdem, ob die Nachbesetzung der Stelle des Haushaltsdirektors mit einem Mann oder einer Frau erfolgt.“

4126.) "Makerspace: Ort für Kreativität und Wissenstransfer im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2228/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2228/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - Unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen; Gender-Prüfung“ wird der zweite Satz wie folgt gefasst: „Makerspace sind

grundsätzlich für beide Geschlechter offen. Sie sind auch ein guter Ort, um spezielle geschlechterbezogene Angebote zu machen, zum Beispiel um Mädchen und junge Frauen für die MINT-Bereiche zu interessieren.“
- In der Antwort auf Frage 9 wird der letzte Satz ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4127.) Bericht zur Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) und zur Umsetzung in Bremen
(Vorlage 2229/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2229/19 den Bericht zur Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) und zur Umsetzung in Bremen zur Kenntnis.

4128.) "Wochenendhausgebiete in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2230/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 09.07.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 09. Juli 2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 8 wird im vorletzten Absatz, zweiter Satz nach dem Wort „Für“ das Wort „die“ eingefügt und nach dem Wort „Flächen“ werden die Worte „innerhalb eines Kleingartengebiets“ ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 10 werden im zweiten Absatz die Worte „zu verhindern“ ersetzt durch das Wort „umsetzbar“.
 - Die Antwort auf Frage 11 wird wie folgt gefasst: „Der Schwerpunkt der planerischen Aktivitäten liegt derzeit deutlich im Wohnungsbau sowie

in der Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für Kitas und für gewerbliche Entwicklungen. Dessen ungeachtet wird der Senat in geeigneten Einzelfällen eine Belegung von Kleingartengebieten durch die Umwandlung zum Wochenendhausgebiet prüfen und ggfs. die dazu erforderlichen Veränderungen des Bebauungsplanes der Bremischen Bürgerschaft vorschlagen. Dazu wird z.Zt. das Gebiet Waller Feldmark geprüft.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4129.) "Antisemitismus an Schulen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2231/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2231/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
In der Antwort auf Frage 29 wird
 - der erste Absatz gestrichen;
 - im drittletzten Satz vor der Abkürzung „u.a.“ das Wort „als“ ersatzlos gestrichen;
 - am Ende folgender Satz angefügt: „Darüber hinaus erarbeitet der Senat aktuell das ressortübergreifende Handlungskonzept „Stopp den Antisemitismus“ insbesondere zur Prävention und Bekämpfung des Antisemitismus mit besonderem Fokus auf junge Menschen, auch an Orten der Bildung.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4130.) "Realisierungs- oder Verwerfungsperspektive für die Idee „Boarding School für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler?“
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2232/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2232/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
Unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen; Gender-Prüfung“ wird der zweite Satz wie folgt gefasst: „Geschlechterspezifische Auswirkungen können zu diesem Zeitpunkt noch nicht genannt werden.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.